

**Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften
zur Bundeshaushaltsordnung**

**hier: Änderungen der VV Nrn. 7.2, 7.4, 8.2.5 und 8.7
zu §44 BHO sowie der ANBest-I, ANBest-P,
ANBest-Gk und ANBest-P-Kosten**

Bezug: Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen
vom 24. August 2011 – II A 6 – H 2074/09/10007
– II A 3 – H 1361/07/0001 und vom 28. September
2011 – II A 6 – H 2074/09/10007 –

– RdSchr. d. BMF v. 14.12.2011 – II A 3 – H 1005/11/10008
– 2011/0981585 –

Im Zusammenhang mit der mit oben genanntem Schreiben vom 28. September 2011 übersandten Neufassung der Richtlinie zur Auszahlung von Bundesmitteln an Zuwendungsempfänger und an Bundesmittel verwaltende Stellen außerhalb der Bundesverwaltung im Abrufverfahren (Abrufrichtlinie) ist eine Anpassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO sowie der Allgemeinen Nebenbestimmungen erforderlich. Nach § 5 Bundeshaushaltsordnung (BHO) werden daher hiermit die beigefügten Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung (VV-BHO) erlassen. **Die Verwaltungsvorschriften treten zum 1. Januar 2012 in Kraft.**

Sie ersetzen

- VV Nr. 7.2 zu § 44 BHO in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- VV Nr. 7.4 zu § 44 BHO in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305), zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),
- VV Nr. 8.2.5 zu § 44 BHO in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- VV Nr. 8.7 zu § 44 BHO in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305), zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),
- Nr. 1.5 der Anlage 1 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-I) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 5.3 der Anlage 1 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-I) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 9.5 der Anlage 1 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-I) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305), zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),
- Nr. 1.4 der Anlage 2 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-P) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 5.4 der Anlage 2 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-P) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,

- Nr. 8.5 der Anlage 2 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-P) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),
- Nr. 1.3 der Anlage 3 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 5.4 der Anlage 3 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 8.5 der Anlage 3 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),
- Nr. 4.5 der Anlage 4 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-P-Kosten) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) aus meinem Rundschreiben vom 14. März 2001,
- Nr. 9.5 der Anlage 4 zu VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-P-Kosten) in der Fassung vom 16. Mai 2001 (GMBL 2001, S. 305) zuletzt geändert durch Rundschreiben vom 14. März 2006 (GMBL 2006, S. 441),

Beigefügt übersende ich die entsprechende Neufassung der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften Nrn. 7.2, 7.4, 8.2.5 und 8.7 zu § 44 BHO sowie Teile der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I), Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P), Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-GK) und Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten).

Das Rundschreiben nebst Anlagen wird in die elektronische Vorschriftensammlung der Bundes-Finanzverwaltung (E-VSF) eingestellt.

**Anlage zum BMF-Rundschreiben
vom 14. Dezember 2011
II A 3 – H 1005/11/10008**

**Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der
Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zur Bundeshaushaltsordnung
(VV-BHO)**

Nach § 5 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), der durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3251) neu gefasst worden ist, erlässt das Bundesministerium der Finanzen folgende Allgemeine Verwaltungsvorschrift:

I.

Die Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO werden wie folgt gefasst:

„Zu § 44 Abs. 1 – Zuwendungen, Widerruf von Zuwendungsbescheiden, Erstattungen und Verzinsung –

7 Auszahlung der Zuwendung

- 7.2 Die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind grundsätzlich zu ermächtigen, die ihnen bewilligten Zuwendungen nach Bedarf bei der zuständigen Kasse abzurufen (Abrufverfahren); das Nähere regelt das Bundesministerium der Finanzen. Die das Verfahren bei der Zuwendungsempfängerin/ bei dem Zuwendungsempfänger regelnden Bestimmungen der Abrufrichtlinie sind als Besondere Nebenbestimmungen zum Bestandteil des Zuwendungsbescheides zu machen.
- 7.4 Erfolgt keine Teilnahme am Abrufverfahren dürfen die Zuwendungen nur insoweit und nicht eher ausgezahlt werden, als sie voraussichtlich alsbald nach Auszahlung für fällige Zahlungen im Rahmen des Zuwendungszwecks benötigt werden (Anforderungsverfahren). Entsprechende Einzelheiten sind im Zuwendungsbescheid zu regeln.
- 8.2.5 Eine Zuwendung wird alsbald verwendet (§ 49 Abs. 3 Nr. 1 VwVfG),
- wenn sie bei Auszahlung nach Nr. 7.2 (Abrufverfahren) am Tage des Bedarfs für fällige Zahlungen abgerufen und verbraucht wird; es gilt die Abrufrichtlinie,
 - wenn sie bei Auszahlung nach Nr. 7.4 (Anforderungsverfahren) entsprechend der Festlegung im jeweiligen Zuwendungsbescheid für fällige Zahlungen verbraucht wird. Jedenfalls liegt keine alsbaldige Verwendung vor, wenn die Mittel nach Ablauf von mehr als sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.
- 8.7 Wird die Zuwendung nicht innerhalb der gemäß Nr. 8.2.5 im Zuwendungsbescheid festgelegten oder beim Anschluss an das Abrufverfahren (vgl. Nr. 7.2) geltenden Frist zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht widerrufen, sind regelmäßig für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich zu verlangen. Entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind.

Anlage 1 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur institutionellen Förderung (ANBest-I)

- 1 **Anforderung und Verwendung der Zuwendung**
- 1.5 Im Regelfall werden die Zuwendungen im Wege des Abrufverfahrens bereitgestellt. In diesen Fällen gelten die Regelungen der BNBest-Abruf. Findet eine Teilnahme am Abrufverfahren nicht statt, werden die Zuwendungen wie folgt bereitgestellt:
- Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung

jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten.

Wird ein im Haushaltsjahr zu deckender Fehlbedarf anteilig durch mehrere Zuwendungsgeberinnen/Zuwendungsgeber finanziert, so darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit den Zuwendungen der anderen Zuwendungsgeberinnen/Zuwendungsgeber angefordert werden.

5 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers

- 5.3 die angeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden können.

9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

- 9.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB jährlich verlangt werden; entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind (§ 49a Abs. 4 VwVfG). Eine alsbaldige Verwendung der Mittel liegt im Anforderungsverfahren jedenfalls nicht vor, wenn die Mittel nach Ablauf von mehr als sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.

Anlage 2 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P)

1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung

- 1.4 Im Regelfall werden die Zuwendungen im Wege des Abrufverfahrens bereitgestellt. In diesen Fällen gelten die Regelungen der BNBest-Abruf.

Findet eine Teilnahme am Abrufverfahren nicht statt, werden die Zuwendungen wie folgt bereitgestellt:

Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen darf die Zuwendung wie folgt in Anspruch genommen werden:

5 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers

- 5.4 die angeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden können,

8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung

- 8.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks ver-

wendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach §247 BGB jährlich verlangt werden; entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind (§49a Abs.4 VwVfG). Eine alsbaldige Verwendung der Mittel liegt im Anforderungsverfahren jedenfalls nicht vor, wenn die Mittel nach Ablauf von mehr als sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.

Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften (ANBest-Gk)

- 1 Anforderung und Verwendung der Zuwendung**
- 1.3 Im Regelfall werden die Zuwendungen im Wege des Abrufverfahrens bereitgestellt. In diesen Fällen gelten die Regelungen der BNBEST-Abruf.

Findet eine Teilnahme am Abrufverfahren nicht statt, werden die Zuwendungen wie folgt bereitgestellt:

Die Zuwendung darf nur insoweit und nicht eher angefordert werden, als sie alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Die Anforderung jedes Teilbetrages muss die zur Beurteilung des Mittelbedarfs erforderlichen Angaben enthalten. Im Übrigen darf die Zuwendung wie folgt in Anspruch genommen werden:
- 5 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers**
- 5.4 die angeforderten oder ausgezahlten Beträge nicht alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden können,
- 8 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- 8.5 Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach §247 BGB jährlich verlangt werden; entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind (§49a Abs.4 VwVfG). Eine alsbaldige Verwendung der Mittel liegt im Anforderungsverfahren jedenfalls nicht vor, wenn die Mittel nach Ablauf von mehr als sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.

Anlage 4 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO

Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung auf Kostenbasis (ANBest-P-Kosten)

- 4 Mitteilungspflichten der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers**
- 4.5 die angeforderten oder ausgezahlten, sich nicht auf kalkulatorische Kosten beziehenden Beträge nicht alsbald nach der Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden können,
- 9 Erstattung der Zuwendung, Verzinsung**
- 9.5 Werden Zuwendungen nach Nr. 9.3.1 nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zweckes verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht zurückgenommen oder widerrufen, so können für die Zeit von der Auszahlung bis zur zweckentsprechenden Verwendung ebenfalls Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach §247 BGB jährlich verlangt werden; entsprechendes gilt, soweit eine Leistung in Anspruch genommen wird, obwohl andere Mittel anteilig oder vorrangig einzusetzen sind (§49a Abs.4 VwVfG). Eine alsbaldige Verwendung der Mittel liegt im Anforderungsverfahren jedenfalls nicht vor, wenn die Mittel nach Ablauf von mehr als sechs Wochen nach Auszahlung für fällige Zahlungen verbraucht werden.

II.

Diese Allgemeine Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Berlin, 14. Dezember 2011
II A 3 – H 1005/11/10008 –

Bundesministerium der Finanzen
Im Auftrag
Peter Mießen

Oberste Bundesbehörden
– Beauftragte für den Haushalt –
nachrichtlich:
Bundesrechnungshof
– Arbeitseinheit I 2 –